

Deutschland braucht eine Wachstumsagenda

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Prof. Dr. Veronika Grimm

Tiefgreifende Strukturreformen sind notwendig, damit Deutschland wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad kommt. Abbau von Regulierung und eine Dämpfung des Anstiegs der Sozialausgaben sind der Schlüssel zum Erfolg.

Seit 2018 stagniert unsere Volkswirtschaft. Deutschland befindet sich in einer erheblichen Strukturkrise und fällt im Vergleich zu fast allen entwickelten Volkswirtschaften – darunter auch direkte Nachbarn wie Dänemark, die Niederlande oder die Schweiz – seit Längerem zurück.

Zwar können neue Verschuldungsspielräume kurzfristig für eine gewisse konjunkturelle Belebung sorgen, doch eine echte Trendwende ist ohne tiefgreifende Reformen nicht zu erwarten.

Statt grundlegender Strukturreformen setzt die Politik bislang vor allem auf konsumtive Ausgaben und kurzfristige Entlastungen. Die zentralen Probleme – vom technologischen Rückstand über die demografische Belastung bis hin zu ineffizienten Strukturen am Arbeits- und Wohnungsmarkt – werden bisher nicht gelöst. Sie werden sogar durch die Ausweitung der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung, das Tariftreuegesetz sowie die Verlängerung der Mietpreisbremse noch verschärft.

Innovation und struktureller Wandel

Fest steht: Die derzeitigen Pläne der Bundesregierung reichen nicht aus, um das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft (von aktuell nur rund 0,3 Prozent) deutlich zu

erhöhen und Deutschland wieder auf einen nachhaltig höheren Wachstumspfad zu bringen. Langfristig hohes Wachstum entsteht in fortgeschrittenen Volkswirtschaften vor allem durch Innovation und strukturellen Wandel: Kapital und Arbeitskräfte verlagern sich hin zu hochproduktiven, schnell wachsenden Unternehmen.

Auf Resilienz ausgerichtete Wirtschaftspolitik

Eine auf Resilienz ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss diese Reallokation von Arbeit und Kapital zulassen. Derzeit gelingt dies nicht in ausreichendem Maße. Erfolgreiche Unternehmen entstehen zurzeit häufiger in anderen Staaten, während hohe Vermögen in Deutschland überwiegend geerbt statt erarbeitet werden. So hatten von den im Juli 2025 weltweit vorhandenen Einhörnern – Start-ups mit einer Bewertung von über einer Milliarde Dollar – nur 2,5 Prozent ihren Sitz in Deutschland. Das ist pro Kopf nicht nur deutlich weniger als in den USA, sondern auch als in Großbritannien, Frankreich oder Israel.



Um dynamisches Wachstum zu erreichen, reicht Bürokratieabbau – also eine bloß effizientere Verwaltung – nicht aus. Es gilt, wachstumshemmende Regulierungen systematisch abzubauen – in Deutschland wie auch auf EU-Ebene. Das betrifft viele Bereiche, insbesondere jedoch solche, wo eine Technologieführerschaft im Bereich moderner Schlüsseltechnologien möglich wäre.

Die Politik sollte hingegen nicht der Versuchung erliegen, etwa die Fusionskontrolle aufzuweichen. Im Gegenteil: Der Wettbewerb ist zu stärken, denn er motiviert Unternehmen und Unternehmer, mit neuen Technologien produktiver und profitabler zu werden. Staatliche Förderung sollte sich auf Grundlagenforschung und wissenschaftliche Exzellenz konzentrieren – nicht auf den Erhalt bestehender Strukturen.

Neben wachstumsfördernden Reformen gilt es, den Anstieg der Sozialausgaben wieder in ein angemessenes Verhältnis zum Wachstum der Wirtschaftsleistung zu bringen. Dazu sind wirksame Reformen insbesondere der Rentenversicherung, aber auch der übrigen Sozialversicherungen unumgänglich. Denn hohe Abgaben schwächen die Wettbewerbsfähigkeit.

Die neuen Verschuldungsspielräume sollten nur vorübergehend und gezielt für zusätzliche Investitionen genutzt werden. Andernfalls drohen auf kurzfristig stimulierende Impulse langfristige fiskalische Belastungen zu folgen, die das Wachstum bremsen. Die Mittel sollten konsequent in Infrastrukturinvestitionen, die Stärkung ökonomischer Resilienz und die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit fließen.

Eine Agenda für neues Wachstum muss vier Schwerpunkte setzen:

- ▶ **Erstens:** Innovation und Reallokation müssen ermöglicht werden, indem Strukturwandel zugelassen, Wettbewerb gestärkt und Unternehmertum gesellschaftlich aufgewertet wird.
- ▶ **Zweitens:** Staatliche Verschuldungsspielräume sollten maßvoll und gezielt für zusätzliche Investitionen ein-

gesetzt werden – etwa um Rückstände bei Infrastruktur und Verteidigung aufzuholen und den Technologietransfer als Hebel zu nutzen.

- ▶ **Drittens:** Es braucht eine systematische Deregulierung, nicht nur effizientere Bürokratie. Wachstumshemmende Vorschriften müssen abgebaut und Datenschutz innovationsfreundlicher gestaltet werden, damit Unternehmen ihr Potenzial in Schlüsseltechnologien wie KI, Biotechnologie, Nukleartechnik oder Raumfahrt ausschöpfen können.
- ▶ **Viertens:** Die Sozialsysteme müssen zukunftsfest gemacht werden – unter anderem mit einem an die Lebenserwartung gekoppelten Renteneintrittsalter, einer Dämpfung des Anstiegs der Bestandsrenten sowie der Abschaffung der Rente ab 63.

Klarer Kurswechsel, um Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen

Ohne einen klaren Kurswechsel wird Deutschland weiter zurückfallen – mit gravierenden Folgen für Wohlstand, Stabilität und die Rolle Europas in einer machtorientierten Welt. Nur wenn eine Wachstumsagenda bald konsequent auf die politische Tagesordnung gesetzt wird, lässt sich anhaltend hohes Wachstum erreichen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik zurückgewinnen. Deutschland muss wieder zu einem Land werden, in dem Mut zum Risiko belohnt statt durch Vorschriften blockiert wird.

Prof. Dr. Veronika Grimm ist Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg (UTN). Seit April 2020 gehört sie als Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu den sogenannten »fünf Wirtschaftsweisen«, die die Bundesregierung in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen beraten.